

Stellungnahme zum aktuellen Diskurs über die Einführung und das Verbot von Zivilklauseln an Hochschulen.

Aufgrund der aktuellen geopolitischen Weltlage gewinnt der Diskurs über militärische Forschung an Hochschulen und die Ablehnung dieser in Form einer Zivilklausel an Relevanz. Eine Zivilklausel ist eine freiwillige Verpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen, ausschließlich zivile Forschungszwecke zu verfolgen.

Auf Grundlage der folgenden Resolutionen wurde eine Stellungnahme erarbeitet.

Das Positionspapier der ZaPF [1] stellt die Forderung, Forschung solle ausschließlich friedliche Ziele verfolgen. Die Resolution der KIF [2] ruft zur Auseinandersetzung mit der Thematik Forschung zu militärischen Zielen auf. Ein Beitrag aus der Sicherheits- und Friedensforschung [3] bietet einen Überblick über Zivilklauseln im Allgemeinen.

Auf der anderen Seite führt der deutsche Hochschulverband in einer Resolution des 64. DHV-Tages [4] juristische und ideologische Argumente gegen eine Zivilklausel und in einem Artikel [5] sicherheitspolitische Argumente, die für militärische Forschung an deutschen Hochschulen sprechen, auf.

Wir als BuFaTa*Chemie* sind uns der Tragweite von Forschung an Waffen und Waffensystemen in Kriegssituationen und im Kontext von Kriegsverbrechen bewusst. Wir verurteilen Forschung an Hochschulen, durch deren Ergebnisse Menschenleben vorsätzlich gefährdet werden. Insbesondere die deutsche Chemieforschung hat eine historische Verantwortung, die Schrecken vergangener Kriege und Konflikte nicht zu wiederholen.

Deshalb rufen wir alle Hochschulen, Fachschaftsvertretungen und hochschulpolitischen Gremien dazu auf, sich mit Mechanismen auseinanderzusetzen, durch die solche Forschung erschwert und potenziell verhindert werden kann. Als Mittel hierfür wollen wir konkret Friedens- und Zivilklauseln für Hochschulen hervorheben. Wir verurteilen das Verbot von Zivilklauseln und die Forderung für Militärforschung an Hochschulen, wie sie in Bayern besteht und in Hessen diskutiert wird. Es liegt in der Verantwortung der Hochschulen, sich damit auseinanderzusetzen, welche Konsequenzen der Boykott von Zivilklauseln und die Förderung von militärfinanzierter Forschung an eben diesen haben können.

Deshalb sprechen wir uns als 70. Bundesfachtagung der Chemie und chemienahen Fachschaften im deutschsprachigen Raum dafür aus, dass Hochschulen und Forschende die Aufnahme von Zivilklauseln und Bewahrung bereits bestehender Zivilklauseln in den Satzungen von Hochschulen beschließen.

Quellen

[1]: ZaPF: Zusammenkunft aller Physik-Fachschaften;

Quelle: "Positionspapier der Gesellschaftlichen Verantwortung der Hochschule"

https://zapf.wiki/SoSe24_AK_Zivilklausel-Geopolitik

[2]: KIF: Konferenz deutschsprachiger Informatikfachschaften;

Quelle: "Resolution der 40,0 Konferenz der Informatikfachschaften gegen Kriegsforschung"

<https://wiki.kif.rocks/wiki/KIF400:Resolutionen/Kriegsforschung>

[3]: Beitrag aus Sicherheits- und Friedensforschung: K. Schlögl-Flierl, A. Merkl, Introducing Civil Clauses against Expanding Military Research at German Universities? A Descriptive and Ethical Analysis of the Discussion

[https://opus.bibliothek.uni-](https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/51405/file/0175-274X-2018-2-98.pdf)

[augsburg.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/51405/file/0175-274X-2018-2-98.pdf](https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/51405/file/0175-274X-2018-2-98.pdf)

[4]: <https://www.uni-heidelberg.de/md/journal/2014/06/neinzurzivilklausel.pdf>

[5]: J. Wörner, G. Rauch, Sollten deutsche Hochschulen zu militärischen Zwecken forschen dürfen?, Forschung und Lehre 10/22

<https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/sollten-deutsche-hochschulen-auch-zu-militaerischen-zwecken-forschen-duerfen-5093>